

Angriff auf Schwimmvereine abgewehrt

Der Werkausschuss der Stadt Barmstedt wollte die Nutzungsgebühren für das Vereinsschwimmen in der Schwimmhalle um 18 % (auf 69,92 Euro pro Stunde) erhöhen. Lediglich der BALL-Vertreter lehnte dies ab. Die Erhöhungspläne lösten bei den betroffenen Vereinen ein Aufschrei der Empörung aus. In der April-Stadtvertreterversammlung gab es dann einen Rückzieher. Alle Stadtvertreter schlossen sich jetzt der BALL-Position an und lehnten eine Erhöhung ab.



In der Diskussion hatte BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel u. a. erklärt: „Die angedachte Erhöhung würde die Schwimmvereine mit mehr als 8.000,- Euro jährlich mehr belasten. Die Vereine wären gezwungen die Schwimmer bzw. die Eltern der Schwimmkinder mehr zur Kasse zu bitten. Dabei ist Schwimmen bereits jetzt die teuerste Sportart. Außerdem wäre Erhöhung der Nutzungsgebühren ein etwas unerfreuliches Geschenk zum 150. jährigen Jubiläum des BMTV.“

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk,
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Innenstadtsanierung abgeschlossen:

Anlieger sollen zahlen: Wofür eigentlich?

Die Stadtvertretung beschloss die Beendigung des Städtebausanierungsprogramms in der Innenstadt. Das Sanierungsgebiet wurde 1987 festgelegt. Seitdem wurden im Innenstadtbereich rund 12,5 Mio. Euro verbaut. Davon wurden 8,6 Mio. Euro aus dem Städtebauförderungsprogramm bezuschusst, die Stadt hatte etwa ein Drittel zu tragen. Darüber hinaus flossen 1,9 Mio. Euro an Strukturhilfsmitteln in die Innenstadt. Jetzt erfolgt mit allen Grundeigentümern im Sanierungsgebiet die Abrechnung: Diese müssen die durch die Sanierungsmassnahmen erfolgte „Wertsteigerung“ ihrer Grundstücke bezahlen. Worin diese eigentlich bestehen soll, ist schwer nachvollziehbar. Während die Planer der BIG-Städtebau, die ihren dicken Millionenanteil an der Innenstadtbauerei verdient haben, das ganze Programm abfeiern, sehen große Teile der Barmstedter wie auch die BALL das Ganze nüchtern:

- Wo früher ältere Menschen oder Mütter mit Kinderwagen an drei gesicherten Fußgängerüberwegen die Straßen über-

queren konnten, ist die Überquerung des Kuhbergs bei Bäcker „Sass“, der Königstrasse an der Kreuzung beim Rathaus sowie des Übergangs zu „Sky“ durch die grobe Pflasterung und des starken Verkehr zum Abenteuer geworden. Hier muss endlich etwas passieren

- Der alte Marktplatz wurde aufgerissen und neu gepflastert, und für diese offensichtliche Sinnlosigkeit wurde rund eine Million verpulvert. Sieht man vom Wochenmarkt ab, steht der Marktplatz die Woche über leer. Das fördert nicht unbedingt den Einzelhandel in der Innenstadt.
- Es wurde ein überdimensioniertes Rathaus gekauft und saniert, bei dem die Stadt zunächst gar nicht wusste, was sie mit den vielen Räumen anfangen soll.
- Durch die geballte Ansiedlung von REWE, ALDI, SKY und LIDL in der Innenstadt wurde sehr viel mehr LKW- und PKW-Verkehr in die Innenstadt gezogen. Leidtragende dadurch und durch die geänderten Verkehrsführung und den „verkehrsberuhigten“ Innenstadtbereich sind die Bewohner der Königstrasse,



der Mühlenstrasse, der Feldstrasse und des Holstenrings. Ein teures Nullsummenspiel.

- Saniert wurde FWB-Mitbegründer G. Kuhlke bzw. die Nachfolger, die den sanierungsbedürftigen Rathausbau los wurden, die eine äußerst kostengünstige Zubringerstrasse für den Skymarkt erhielten und deren Grundstücke hinter KIK am Holstenring durch die Kuhlke-Trasse erschlossen wurden.
- Vorbehaltlos positiv sind le-

diglich die Sanierung des Humburg-Hauses sowie vereinzelte Gebäudesanierungen zu sehen. Jetzt wird das Gerangel um die Ausgleichszahlungen losgehen. Es werden schon mal Grundstückspreise in der Innenstadt vom Gutachterausschuss von rd. 250,- Euro pro qm genannt. Die Möglichkeit, dass es auch Wertminderungen gegeben hat, wird nicht angedacht. Dabei haben FWB, CDU und SPD selbst bereits ein Zeichen gesetzt, als

sie den städtischen Marktplatz am Küsterkamp an die ALDI-Investoren für 96,- Euro pro qm unerschlossen verscherten, was etwa 150,- Euro erschlossen entsprach: Sollte das ein Eingeständnis sein, dass es gar keine Grundstückswertsteigerung gibt – oder war es schlichtweg ein 500.000,- Euro-Geschenk an die armen ALDI-Investoren?

Proteste gegen Meierei/Käsefabrik gehen weiter:

700 Bürger/innen stellen Forderungen



Am 8. April 2014 übergaben Vertreter der Anwohnerinitiative der Stadtvertretung Listen mit ca. 700 Unterschriften, die überwiegend in den betroffenen Wohngebieten rund um die Meierei/Käsefabrik gesammelt wurden. Der Unterschriftentext hat die Überschrift „Mut zur Vernunft“ und beinhaltet folgende Aussa-

gen und Forderungen: „Der Bau der Meierei/Käsefabrik, direkt von Wohngebieten umgeben, stellt sich von Tag zu Tag mehr als eine große Fehlentscheidung dar. Lärmbelästigung und ein stetig steigendes Verkehrsaufkommen durch an- und abfahrende LKWs sind für viele Anwohner zu einem unerträglichen Zustand herangewachsen.

Ein „Weiter so“ darf es nach Meinung der Betroffenen nicht geben, deshalb fordern wir:

- Den Bau von schallschluckenden Lärmschutzwänden und weiteren Isolierungsmaßnahmen für Motoren und Aggregate, um Beschallungen durch Betriebsstättenlärm wie z. B. permanente „Brumngeräusche“ auf die betroffenen Anlieger zu mildern.
- Die Verlegung der LKW-Waage auf dem Betriebsgelände und deren Einfassung mit Lärmschutzmaßnahmen.
- Kontrolle und Einhaltung der Auflagen zur Lärmvermeidung (z.B. der Motoren- und Kompressorenlärm bei wartenden LKWs) sowie Feinstaub- und Dieselrußbelastung. Die Geschäftsleitung muss verpflichtet

werden, Verstöße dieser Art sofort zu unterbinden.

- Finanzielle Unterstützung für den Umbau mit mehrschichtverglasten Fenstern und anderen schallhemmenden Maßnahmen in den betroffenen Wohngebieten.
- Keinen LKW-Lieferverkehr für Molkereiprodukte und Verpackungsmaterial an Sonn- und Feiertagen.
- Den Umbau der Mühlen- und Lutzhorner Landstraße mit erschütterungsreduzierendem Unterbau, Flüsterasphalt und verkehrsberuhigenden Maßnahmen wie Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h und Parkverbotszonen für Liefer-LKWs. Die Einrichtung eines korrekt angelegten Fuß- und Radwegs ist längst überfällig.

- Den LKW-Verkehr aus den innerstädtischen Bereichen zu nehmen. Die Lieferfirmen müssen verpflichtet werden, den Autobahnanschluss Horst zu nutzen.
- Verzicht der Meierei/Käsefabrik auf jede weitere Standortvergrößerung. Die Produktion muss perspektivisch schrittweise in ein dafür geeignetes Industriegebiet mit vorhandenem Autobahnanschluss verlegt werden.“

Die Anwohnerinitiative erwartet jetzt von der Stadtvertretung, sich endlich mit den Forderungen der Betroffenen zu beschäftigen und Initiativen zur Lösung der bestehenden Probleme zu ergreifen. Die BALL unterstützt die Forderungen der Anlieger vorbehaltlos.

Verrennt sich der Westen?

Der Westen steckt in Sachen Ukraine politisch in der Klemme. Viele wissen, daß es die als „Freiheits- und Demokratieexporteure verkleideten Interessenvertreter“ der USA und EU waren, die dort das Feuer entfacht haben. Das bestätigte selbst die Abteilungsleiterin im US-Außenministerium Victoria Nuland. In einem Interview für den TV-Sender CNN sprach sie davon, das Washington in den letzten 20 Jahren 5 Milliarden Dollar Unterstützung für die „Orange Revolution“ und der jetzigen Umstürzbewegung in der Ukraine gezahlt haben.

Nun werden scheinheilig diejenigen verteufelt, die den Osten des Landes vor der pro-westlichen „Putsch-Regierung“ in Kiew und ihren faschistischen Kampftruppen schützen wollen. „Was die jetzige Situation so schwierig macht, hat ja eine Ursache in Kiew selber,“ so der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD) Ende März in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, „nämlich die Tatsache, dass dort ein fataler Tabubruch begangen worden ist, dem wir auch noch applaudieren, der Tabubruch nämlich, zum ersten Mal in diesem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten (gemeint ist die faschistische Partei Swoboda, die beste Kontakte zur NPD pflegt, und der rechtsnationale „Rechte Sektor“) in eine Regierung zu

lassen, und das ist ein Schritt zu weit.“ Weiter sagte Günter Verheugen: „Die Website von Swoboda ist eine ware Fundgrube an völkischer Ideologie. Die sind getrieben von Russen-Hass, von Juden-Hass und Polen-Hass. Es ist schierer Nationalismus.“

Dumm für die Anstifter ist vor allem aber auch, daß in Westeuropa und den USA ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung ihren Regierungen und den überwiegend gleichgeschalteten Leitmedien nicht glauben



will. Unter der Überschrift: „Die Deutschen gehen auf Distanz zum Westen“, veröffentlichte die Zeitung „Die Welt“ im April die Umfrageergebnisse von Infratest Dimap zur Ukraine. Dort heißt es: „Die Krim-Krise hat das Vertrauen der Deutschen in NATO und EU erschüttert. Die Mehrheit der Bürger plädiert in dem Konflikt für Neutralität gegenüber Russland – und eine

deutsche Vermittlerrolle. Die NATO – als jenes Militärbündnis, das in den Zeiten der Blockkonfrontation jahrzehntlang die Sicherheit der Bundesrepublik garantiert hat, wird gleichzeitig immer unbeliebter.“

Eine militärische Option hat die selbsternannte „Internationale Gemeinschaft“ USA/NATO/EU aus guten Gründen ausgeklammert. Es gibt keine, die – wie beim Zauberlehrling – nicht droht sofort außer Kontrolle zu geraten. Also wird versucht,

einen Wirtschaftskrieg gegen Russland zu führen, das zusammen mit China, Indien, Brasilien und Südafrika zu den sogenannten BRIC-Staaten gehört. Die USA und die EU sehen diese Staaten als geopolitische Konkurrenten und sind bemüht deren Einfluss in der Welt zurückzudrängen.

Die westliche Propaganda bietet derzeit allerlei „Lösungsmöglichkeiten“ an. Durch immer

schmerzhaftere Sanktionen soll Russland z. B. schon bald wirtschaftlich in die Knie gezwungen werden. Auch hier gibt es Probleme. Die NATO-Staaten sind fast ausnahmslos hochverschuldet. Zudem ist klar, daß wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland Gegenmaßnahmen Moskaus auf dem Energiesektor herausfordern. Dieses könnten insbesondere die von der Europäischen Zentralbank künstlich am Leben gehaltenen Länder der Euro-Zone ins Koma versetzen.

Nach Angaben der „Übergangsregierung“ braucht die Ukraine kurzfristig wenigstens 35 Milliarden US-Dollar. Über die Hälfte werden benötigt um fällige Kredite zurückzuzahlen, den Großteil davon an westliche Banken. Russland hat bisher an die Ukraine Öl und Gas zu Sonderkonditionen geliefert, dies ist erst einmal vorbei. Jetzt werden die Brennstoffe zu Weltmarktpreisen abgerechnet – also weitere Belastungen für den ukrainischen Staatshaushalt. Die von den westlichen Staaten bisher angebotenen Kredite reichen aber bei weitem nicht aus um die finanziellen Löcher der Ukraine zu stopfen. Im Westen sorgt man sich bereits, daß bei Ausbleiben der Rentenzahlungen, steigenden Lebensmittelpreisen und unbezahlbarer Energie in der Ukraine „der Geist des Maidan“ schnell verfliegen könnte.



Fracking muss verhindert werden!

Im Nov. 2012 beschloss die Bundesumweltministerkonferenz (UMK) den Einstieg in die Fracking-Technologie zu ermöglichen. Als Reaktion darauf verabschiedete die Barmstedter Stadtvertretung, auf Initiative der BALL-Fraktion, folgende Entschließung: „Die Stadtvertretung der Stadt Barmstedt spricht sich entschieden gegen die Zulassung des heftig umstrittenen „frackings“ unter Verwendung umwelttoxischer Chemikalien in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aus. Die Gefahren für die Vergiftung des Grundwassers sind zu groß. Dementsprechend erwarten wir, dass auch keine Voruntersuchungen genehmigt werden.“

Im August wurde bekannt, dass der Firma PRD Energy GmbH, vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie das Kieler Umweltministerium, für den Zeitraum von fünf Jahren eine Erlaubnis für Voruntersuchungen im sogenannten Feld

Barmstedt erteilt worden ist. Damit wurde auch in Schleswig-Holstein der erste Schritt in Richtung eines möglichen Frackings vollzogen.

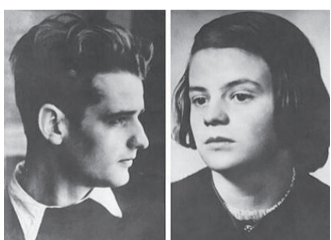
Daraufhin wurde auf den letzten Umweltausschusssitzungen das Thema Fracking erneut diskutiert. Man einigte sich auf die Erstellung eines erweiterten Resolutionsentwurfs, der sich inhaltlich an die „Korbacher Resolution“, die im Mai 2013 auf einem bundesweitem Treffen der Anti-Fracking-Initiativen beschlossen wurde, anschließen soll.

Damit die Barmstedter Bevölkerung endlich umfangreich über die Gefahren von Fracking informiert wird, wandte sich der Umweltausschuss mit der Forderung an den Bürgervorsteher, auf der nächsten Einwohnerversammlung das Thema zu behandeln. Die BALL-Fraktion wird darauf achten, dass die Einwohnerversammlung noch vor den Sommerferien stattfinden wird.

„Widerstand gegen Krieg und deutsches Weltmachtstreben“

Geschwister Scholl-Veranstaltung 2014

Im März veranstaltete die Stolperstein AG Barmstedt anlässlich des 71. Todestages der Geschwister Scholl unter dem Titel „Widerstand gegen Krieg und deutsches Weltmachtstreben“ eine Gedenkveranstaltung. Mitwirkende der diesjährigen Veranstaltung waren der Chor „Kuhle Töne“ und das „Theater Barmstedt“ (im Kino). Die Theatergruppe führte das Stück „Der Zug“ auf – ein mahrender Beitrag für deutsche Erinnerungskultur.



Das Geschwisterpaar Hans und Sophie Scholl waren Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“. Sie wurden am 18. Februar 1943 beim Auslegen von Flugblättern an der Münchner Universität überrascht und von der Gestapo verhaftet. Bereits am 22. Februar 1943 wurden sie zum Tode verurteilt und

noch am selben Tag mit einer Guillotine enthauptet.

„Zur „Weißen Rose“ gehörten nach Aussagen der Schwester Inge Scholl rund 80 Personen in München und über 50 in Hamburg. Außerdem gab es Widerstandskreise in Stuttgart, Ulm und Berlin. In der Zeit von Juni 1942 bis Februar 1943 hat der Kreis der „Weißen Rose“ sechs Flugblätter erstellt und in mehreren tausend Exemplaren landesweit verteilt.

Es fällt auf, dass zwischen den ersten vier Flugblättern bis Juli 1942, in denen zum passiven Widerstand aufgefordert wurde, und den letzten beiden Schriften des Jahres 1943 eine Pause von etwa einem halben Jahr bestand. Und das hatte auch einen Grund:

Fünf befreundete Medizinstudenten aus dem engen Kreis der „Weißen Rose“, nämlich Willi Graf, Alexander Schmorell, Hans Scholl sowie Hubert Furtwängler und Jürgen Wittenstein, waren sogenannte Studentensoldaten. d.h. sie waren eigentlich Soldaten, deren Frontdienst während ihres Me-

dizinstudiums ausgesetzt wurde. Die fünf Freunde wurden gemeinsam für etwa 15 Wochen eingezogen und mussten von



Juli bis Oktober 1942 gemeinsam an der Ostfront Dienst tun. Diese Zeit prägte die Studenten entscheidend.

Sie erlebten dort den brutalen Umgang mit den sowjetischen Zwangsarbeitern, deren Leben den deutschen Truppen nichts wert waren. Sie wurden mit der Praxis des Kampfes von SS und Wehrmacht gegen die Partisanen konfrontiert, wobei hier wohl eher der Begriff Mord

gegenüber angeblichen oder wirklichen Unterstützern aus der Zivilbevölkerung angemessen wäre. Und sie erlebten den

Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen. Die von der Wehrmacht zu verantwortende deutsche Besatzungsherrschaft deuteten die fünf Freunde als eine geplante Strategie der rücksichtslosen Zerstörung und Missachtung jeglichen Menschenlebens. Die totale Kriegsführung wurde auf die sowjetische Zivilbevölkerung ausgedehnt, die unter dem System der Zwangsarbeit, dem Hunger und dem

Vernichtungsfeldzug in Osteuropa litt.

Diese Erfahrungen, die die fünf Freunde machen mussten, spiegeln sich in den letzten beiden Flugschriften wider. So heißt es im fünften Flugblatt vom Januar 1943:

„Der Krieg geht seinem sicheren Ende entgegen.“ Und weiter: „Glaubt nicht der Propaganda, die Euch den Bolschewistenschreck in die Glieder gejagt hat. Glaubt nicht, dass Deutschlands Heil mit dem Sieg des NS auf Gedeih und Verderb verbunden sei!“

Und auch einen Blick in die Zukunft wagen die Verfasser des Flugblattes.

„Der imperialistische Machtgedanke muss...für alle Zeit unschädlich gemacht werden. Ein einseitiger preußischer Militarismus darf nie mehr zur Macht gelangen.“

Das letzte Flugblatt schließlich vom Februar 1943 – geprägt von der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad – richtet sich direkt an die Studierenden mit den Worten:

„Auch dem dümmsten Deut-

schen hat das furchtbare Blutbad die Augen geöffnet, das sie (gemeint war die Reichsführung) im Namen von Freiheit und Ehre der deutschen Nation in ganz Europa angerichtet haben und täglich neu anrichten. Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet.“ Es schließt mit dem Aufruf an die Bevölkerung sich gegen die deutsche Vernechtung Europas aktiv zur Wehr zu setzen.

Nach der Niederlage in Stalingrad und der damit verbundenen Wende im Zweiten Weltkrieg befürchtete die Reichsführung das Aufflammen von Widerstandsbewegungen an der sogenannten Heimatfront und versuchte alles, um dies zu verhindern.

„In Barmstedt, wo eine Schule auf Wunsch der Elternschaft, der Lehrer und Schulleitung über 30 Jahre den Namen der Geschwister-Scholl tragen konnte, bedarf es jetzt um so mehr selbstbewusstes Auftreten für eine Erinnerungskultur“, so die Sprecherin der Stolperstein AG, „damit der Name der Geschwister Scholl im Stadtbild erhalten bleibt.“